

Genehmigt am 16. August 2001

**Protokoll Nr. 37**

**Sitzung von Donnerstag, 28. Juni 2001, 20.30 Uhr im Sternensaal Bümpliz**

*Vorsitzender:*

Präsident Christoph Stalder

*Anwesend:*

Michael Aebersold	Urs Jaberg	Erich Ryter
Raymond Anliker	Daniele Jenni	Annemarie Sancar
Thomas Balmer	Michael Jordi	Sabine Schärren
Oskar Balsiger	German Kalbermatten	Doris Schneider
Peter Bernasconi	Daniel Kast	Beat Schori
Dieter Beyeler	Rudolf Keller	Rolf Schuler
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Miriam Schwarz
Peter Blaser	Andreas Krummen	Peter Sigerist
Markus Blatter	Peter Künzler	Sylvia Spring Hunziker
Christine Bosshardt	Annemarie Lehmann	Ernst Stauffer
Annette Brunner	Melanie Leskow	Barbara Streit-Stettler
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Edith Madl Kubik	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Anton Maillard	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Irène Marti Anliker	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Barbara Mühlheim	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Christoph Müller	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Philippe Müller	Margrit Thomet
Susanna Grundbacher	Rosmarie Okle Zimmermann	Eva von Ballmoos
Ueli Haudenschild	Ruth Rauch	Catherine Weber
Kurt Hirsbrunner	Lydia Riesen	Kurt W. Weyermann
Ruedi Hofer	Heinz Rub	Beat Zobrist
Stephan Hügli	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset
Natalie Imboden		

*Entschuldigt:*

Jsabelle Blunschy	Esther Kälin Plézer	Rudolph Schweizer
Adrian Haas	Mario Marti	Michael Straub
Rolf Häberli	Corinne Mathieu	Thomas Weil

*Vertretung des Gemeinderats:*

Ursula Begert  
Therese Frösch  
Adrian Guggisberg  
Edith Olibet  
Alexander Tschäppät  
Kurt Wasserfallen

*Entschuldigt:*

Stadtpräsident Klaus Baumgartner

## **Dringlicherklärung von Interpellationen**

Die Dringlichkeit der Interpellation Doris Schneider (GB) betreffend Nachtfahrverbot Matte: Was gedenkt die Stadt Bern zu tun, um diesen beschlossenen Versuchsbetrieb so schnell wie möglich zu starten? wird mit 44 zu 22 Stimmen bejaht.

## **Traktandenliste**

*Edith Madl Kubik* (SP) Begründet den Antrag der Fraktion SP/JUSO: Wir stellen den Antrag, das Traktandum 5 vom nächsten Donnerstag (5.7.2001), die Abstimmungsbotschaft für die Auslagerung von EWB und GWB, von der Traktandenliste zu streichen. Wir stehen hinter dem Geschäft, erachten jedoch den Abstimmungstermin im September als hochgradig heikel, da es das einzige Geschäft sein wird, über das abgestimmt wird. Wir sind der Meinung, die Vorlage dem Volk im Dezember vorzulegen. Es ist begreiflich, dass vor allem das Personal wissen möchte, wohin es geht. Die 3 Monate sind aber vertretbar, insbesondere weil eine alleinige Abstimmung der Stadt 150 000 Franken kostet. Die Stadt kann sich diese zusätzlichen Kosten nicht leisten. Der Antrag, das Geschäft von der Traktandenliste abzusetzen, ist die einzige Möglichkeit des Stadtrats, in den Fahrplan einzugreifen.

*Rudolph Schweizer* (SVP) für die GPK: Ich bin enttäuscht. Alle wissen, wie ich mich in der GPK für das Geschäft eingesetzt habe. Früher hiess es, das sei die Abstimmung des Jahrhunderts. Nun soll es plötzlich heikel werden, ein Jahrhundertgeschäft als einzige Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Wir haben seinerzeit das Geschäft Gemeinderat Alfred Neukomm widmen wollen. Was die SP macht, ist fadenscheinig und nicht ehrlich. Das finanzielle Argument gilt nicht, es wurde schon so viel Geld anderweitig ausgegeben. Mit den wahren Gründen müssen die Betroffenen selber mit sich ins Reine kommen. Die GPK hat immer alles gemacht für das Parlament und sich für das Geschäft eingesetzt; die Tour hier ist nicht tolerierbar. Ich will die Botschaft nächste Woche verabschieden und im September abstimmen.

## **Fraktionserklärungen**

*Michael Jordi* (GB) für die Fraktion GB/JA!/GPB: Es gibt Argumente, nach denen das Resultat im September besser sein wird, weil es alleine kommt. Es gibt aber auch Argumente, die für die Abstimmung im Dezember sprechen, da die energiepolitische Debatte sowieso stattfinden wird. Ich bin eher dieser Ansicht. Die Abstimmung im Dezember macht Sinn. Das Argument Geld ist auch gewichtig, auch wenn es sich nur um 150 000 Franken handelt. Weiter die Unsicherheit beim Personal: Es wurde versprochen, dass sich für das Personal nicht viel ändert, ich verstehe nicht, wieso die 3 Monate mehr oder weniger unter dem alten Personalreglement oder unter einem neuen GAV für das Personal eine grosse Verunsicherung verursachen soll. Unsere Fraktion ist klar für diesen Verschiebungsantrag.

Für die Fraktion GFL/EVP *Eva von Ballmoos* (GFL): Tun wir unsere Pflicht und verabschieden die Abstimmungsbotschaft wie vorgesehen nächste Woche. Es ist nicht ganz verständlich, dass man seit der Verabschiedung des Reglements Mitte März bis heute warten musste, um die Botschaft zu traktandieren. Wir sind dagegen, das wichtige Geschäft weiter auf die lange Bank zu schieben. Wir waren gegen die Rückweisung und gegen eine 2. Lesung im Stadtrat, deshalb möchten wir das Geschäft nun abschliessen. Wann der Abstimmungstermin sein soll, liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Wir haben Vertrauen in den Gemeinderat, dass er zwischen den verschiedenen Argumenten abwägt und den Termin entsprechend fixiert. Ich

kann dem Trick, wie der Stadtrat diese Kompetenz in seine Hände nimmt, nicht zustimmen. Für so etwas bräuchten wir gewichtige Gründe, die nicht vorliegen.

*Beat Schori* (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Art. 11 des Reglements über die politischen Rechte sagt klar, dass die Kompetenz beim Gemeinderat ist. Es liegen auch keine wichtigen Gründe vor, das Geschäft zu verschieben. Der SVP ist das Personal Fr. 150 000 wert. Zudem muss danach eine Fusion gemacht werden, die das Personal relativ lange absorbiert. Wir sind schon heute relativ spät, damit die Werke auf dem Markt Kunden gewinnen können. Die Insel ist bereits abgesprungen. Deshalb setzen wir die 150 000 Franken für das Personal ein.

Für die CVP/ARP-Fraktion *German Kalbermatten* (CVP): Wir können eine nochmalige Aussetzung der Abstimmung über diese Vorlage nicht verantworten. Das Personal ist verunsichert und will Klarheit über seine Zukunft. Das Geschäft war bis vor kurzem in allen Fraktionen unbestritten. Wir vermuten, dass dieser Schwenker eine Verhinderungstaktik ist.

### **Einzelvoten**

*Walter Christen* (SP): Vor 3 Jahren haben sich die Sozialpartner zusammengesetzt und ein Geschäft ausgearbeitet. Entstanden ist der vorliegende Kompromiss: die Stadtwerke Bern. Für das Personal ist es unverständlich, dass dauernd gedreht und gewendet wird. Wir sollten hier einen Weg einschlagen, der Sicherheit und Motivation schafft. Es ist eine faule Ausrede, wenn gesagt wird, dass wir uns die Fr. 150 000 nicht leisten können. Am 2. Dezember mit dem EMG verknüpfen heisst, die Unternehmung der Gefahr eines Zufallsmehrs auszusetzen, da plötzlich ein Nein herauskommen kann. So geht das nicht. Ich werde hier einer Absetzung nicht zustimmen. Es ist eine ausgewogene, gute Vorlage.

*Thomas Balmer* (FDP): Die FDP ist nicht für Sparen um jeden Preis. Die Verzögerung der Verselbständigung von GWB und EWB hat bereits jetzt genug gekostet. Es ist nicht klar, weshalb die Vorlage nicht am 10. Juni zur Abstimmung gebracht wurde. Obwohl das Geschäft nicht absolut nach Wunsch der FDP ist, steht sie hinter der Vorlage. Es ist unverantwortlich für das Personal und ein Affront gegen die Direktion. Den Werken muss nun die Handlungsfreiheit gegeben werden, die heute gefordert ist. Die FDP beantragt unbedingt, die Abstimmungsvorlage am 5. Juli zu behandeln und im September dem Volk vorzulegen.

*Rolf Schuler* (SP): Ich bin klar der Meinung, das Geschäft von der Traktandenliste zu streichen, weil der Gemeinderat an seiner Absicht festhält, die Vorlage Ende September an einem Ferienwochenende zur Abstimmung zu bringen. Das ist mit unnötigen und unverhältnismässigen Kosten belastet. Die Gespräche mit Mitarbeitenden dieser Werke, aber auch mit Gewerkschaftsvertretern haben gezeigt, dass es aus heutiger Sicht kein Argument gibt, das gegen eine Verschiebung um 3 Monate spricht. Im Weiteren möchte ich in Erinnerung rufen, dass heute Abend bei der Behandlung des Verwaltungsberichtes dem Personal mehrfach gedankt worden ist. Ich schliesse mich dem Dank an und bitte, dem SP-Antrag zuzustimmen.

*Raymond Anliker* (SP): Ich bin auch enttäuscht, dass hier die Absicht der SP-Fraktion nicht wahrgenommen werden will. Nach den Sommerferien werden wir wieder Sanierungspakete schnüren, mit denen wir unzähligen Angeboten den Atem nehmen. Hier sind wir sofort bereit, Fr. 150 000 in den Sand zu setzen, weil es unbedingt der Termin im September sein muss. Wer uns Verhinderungstaktik unterstellt, ist unlauter. Wir sind uns der Verantwortung sehr wohl bewusst. Das Inselspital hat längst beschlossen, auszusteigen. Das hängt nicht an Abstimmungstermin, sondern an der unlauteren Taktik der BKW. Der Abstimmungstermin war

nicht bekannt, er wurde erst letzten Mittwoch vom Gemeinderat bekanntgegeben. Es könnte dem Personal vielleicht auch in den falschen Hals geraten, wenn im September, wenn tout Berne in den Ferien ist, eine 10-prozentige Stimmbeteiligung das Geschäft allenfalls gefährden wird. Was dann dem Personal gesagt wird, würde mich interessieren.

*Peter Bühler (SD):* Es gibt auch die briefliche Abstimmung. Ich bin masslos enttäuscht über die Äusserungen des Kollegen Anliker, die Betroffenen sollten ihm ein bisschen mehr wert sein. Was ist aus der ehemaligen Arbeiterpartei geworden, wenn sie solche Anträge stellt? Wir Stadträte würden den Arbeitnehmenden ein schlechtes Signal geben. Wir haben Fr. 150 000.00 schon für dümmere Dinge ausgegeben. Deshalb lehnen wir den Antrag klar ab.

*Adrian Guggisberg, Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie:* Das Geschäft ist denkbar ungeeignet, um hier zu polarisieren. Als ich das Geschäft Anfang Jahr übernommen habe, hatte ich ein längeres Gespräch mit meinem Vorgänger Alfred Neukomm. Er sagte mir, dass es eine Chance für Bern sei und dass das Geschäft zügig behandelt werden solle. Es war erfreulich zu sehen, wie der Stadtrat und die Kommissionen zügig und gründlich gearbeitet haben. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, dass hier taktische Gründe vorliegen. Ich möchte hier dringend raten, die Botschaft nächsten Donnerstag zu beraten, damit der Abstimmungstermin im September möglich ist. Wir haben das Geschäft bereits verschoben. Aus den Reaktionen auf die Verschiebungsfrage habe ich Unverständnis bemerkt. Eine Verschiebung zerstört Hoffnungen, vor allem beim Personal, das grösstenteils hinter der Vorlage steht. Das Risiko einer Ablehnung ist schwer abzuschätzen, sowohl im September wie im Dezember. Die Kosten von Fr. 150 000 sind auch etwas hoch gegriffen, Fr. 100 000 werden reichen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass auch das eine Summe ist, doch eine Verschiebung bringt auch Kosten. Wir haben die Vor- und Nachteile einer Verschiebung gründlich diskutiert und sind der Auffassung, dass der Entscheid im September fallen soll. Es wäre das erste Mal in der Geschichte des Stadtrats, dass wegen einer nicht verabschiedeten Botschaft eine Volksabstimmung verschoben werden müsste. Ich appelliere an den Stadtrat, das Geschäft nicht zu gefährden.

## **Beschluss**

Der Stadtrat lehnt die Verschiebung des Traktandums 5 vom 5. Juli 2001 mit 39 zu 27 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

*Gegen die Verschiebung sind:* Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Christine Bosshardt, Peter Bühler, Walter Christen, Rudolf Friedli, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Rudolf Keller, Peter Künzler, Annemarie Lehmann, Anton Maillard, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Philippe Müller, Lydia Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Barbara Streit, Ueli Stückelberger, Hans-Ulrich Suter, Max Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Eva von Ballmoos und Kurt W. Weyermann.

*Für die Verschiebung sind:* Michael Aebersold, Raymond Anliker, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Marie-Louise Durrer, Susanna Grundbacher, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Blaise Kropf, Melanie Leskow, Liselotte Lüscher, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Annemarie Sancar, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Béatrice Stucki, Margrit Stucki, Catherine Weber, Beat Zobrist und Andreas Zysset.

*Enthalten:* Oskar Balsiger, Ruedi Hofer, Andreas Krummen und Sabine Schärren.

## Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

### 3 NSB-Jahresbericht 2000; Fortsetzung

Für den Gemeinderat *Kurt Wasserfallen*, Direktor für Öffentliche Sicherheit: Herr Anliker stellte ein paar Fragen, die ich beantworten möchte: Das Wagenabstellen wird der Feuerwehr durch die Polizei vergütet, die Polizei treibt das bei den Privaten ein. Das sind keine Kosten für die Stadt, es geht über das Gebührenreglement. Das gute Ergebnis bei der Feuerwehr ist wegen der Überschwemmung in der Matte erzielt worden. Wir haben für die geleistete Arbeit Beiträge aus dem Überschwemmungsfonds des Kantons erhalten. Zur Beitragspraxis der Gebäudeversicherung: Die Praxis wurde geändert. Früher zahlte sie Subventionen an Investitionen, heute bezahlt sie pro Jahr 970 000 Franken an die Berufsfeuerwehr Bern. Durchschnittlich erhielten wir in den letzten Jahren zwischen 300 000 und 400 000 Franken mehr für die Feuerwehr.

*Michael Jordi* (GB): Die Haltung von Frau Gemeinderätin Begert, dass man zwischen den einzelnen Produktgruppen frei verschieben dürfe, wenn es begründet sei, ist überhaupt nicht so klar. Es gibt weder einen Gemeinderats- noch einen Stadtratsbeschluss, der das klar festlegt. Weil die Versuchsperiode noch ein paar Jahre gehen wird, ist die Feststellung wichtig, dass der Gemeinderat nicht einfach freie Hand hat.

*FIKO/GPK-Antrag:*

Der Schul- und Büromaterialzentrale ist lediglich einen Malus von Fr. 10 000 anzulasten.

Die FIKO-Präsidentin *Katharina Suter* (FDP) begründet den FIKO/GPK-Antrag: Das Ziel der Schul- und Büromaterialzentrale, beim Umsatz von 13 Mio. Franken einen möglichst hundertprozentigen Kostendeckungsgrad aufzuweisen, wurde um 0.4% oder Fr. 85 775.00 nicht ganz erreicht. Der Umsatz sank um rund 10%, da einerseits Bernmobil ab Mitte 2000 ihren Treibstoff selber einkauft und andererseits ein zwanzigjähriger Lastwagen für Fr. 85 000.00 ersetzt werden musste. Der Lastwagen muss in 3 Jahren abgeschrieben werden. Rückstellungen sind bei NSB nicht gestattet. Weiter wurden Anschaffungen im Wert von Fr. 47 000.00 getätigt und gleichzeitig abgeschrieben. Die Schwierigkeit liegt darin, dass ein Malus voll angerechnet wird, während die Pilotabteilung nur 50% des Bonus erhält. Die Frage, wieviel einem Piloten angelastet werden darf, wenn er aufgrund einer Neustrukturierung einen Auftrag nicht mehr erfüllen kann, stellt sich. Die Schul- und Büromaterialzentrale hat gut gearbeitet, deshalb zeigen wir ihr nur die gelbe Karte. Mit 14 zu 5 Stimmen haben GPK und FIKO beschlossen, lediglich einen Malus von 10 000 Franken zu belassen.

*Stephan Hügli* (FDP): Ich möchte die Kommissionspräsidentin ergänzen und kurz dem Antrag begründen, den ich in der FIKO gestellt habe. Das Ziel der Schul- und Büromaterialzentrale ist, ihrer Hauptkundin, der Stadt Bern, vernünftige Preise zu machen. Wenn die Zentrale einen Gewinn ausweist, ist das schlecht für die Stadt, da sie zuviel bezahlt hat. Die Hälfte des Bonus geht dann an die Stadt zurück. Das Ziel ist, möglichst genau bei Null zu sein. In Zahlen hat die Zentrale um Fr. 85 000.00 danebengehauen. Es geht um einen Gesamtumsatz von ca. 14 Mio. Franken, der um 0.4% verfehlt wurde. Das ist ziemlich genau getroffen. Soll man nun erst ab einer gewissen Bandbreite den Bonus und den Malus spielen lassen? Weiter geht es

um Abschreibungen: Wenn die Schul- und Büromaterialzentrale nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen hätte abschreiben können, wäre das über 5 bis 10 Jahre hinweg gewesen. Dagegen haben sie in den kommenden Jahren einen Vorteil, da sie jetzt alles abgeschrieben haben. Ein Bonus zählt im weiteren nur zu 50%, während der Malus 100% beträgt. Um diesen wieder wettzumachen, braucht es doppelt so viel Zeit. Das kann auch nicht stimmen. Zur Budgetierung: Wer grosszügiger budgetiert, schliesst auch besser ab. Ich möchte nicht diejenigen bestrafen, die genauer budgetiert haben als andere Piloten. Das letzte Argument ist, dass es nicht um den Betrag geht. Ich bin der Überzeugung, dass man nicht einen Piloten strafen sollte, nur weil das Abrechnungssystem nicht stimmt und keine betriebswirtschaftlichen Grundsätze angewendet werden. Deshalb plädiere ich dafür, dass die Zentrale einen Malus erhält.

*Heinz Rub* (FDP): Ich bin nicht der Meinung, dass der Malus auf Fr. 10 000 reduziert werden soll. Der Rückgang des Benzins wurde im Budget berücksichtigt. Der Lastwagen konnte nicht budgetiert werden, weil man es nicht wissen konnte. Als der Papierpreis stieg, hat die Schul- und Büromaterialzentrale nicht NSB-like gehandelt, also die Preise nicht weitergegeben. Das hat zu einem Verlust geführt. Wir müssen rasch auf die Regelung Bonus-Malus eingehen. Es wäre ein schlechtes Beispiel für alle, die gut arbeiten, wenn wir den Malus eines Piloten reduzieren würden. Das Beispiel des Bonus, der zur Stadt zurückfliesst, stimmt nur zur Hälfte, da es sehr viele ausserstädtische Kunden gibt. Dass die von den günstigen Preisen profitieren sollen, kann ich nicht unterstützen. Ich bitte, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

### **Beschlüsse**

1. Der NSB-Jahresbericht 2000 wird einstimmig genehmigt.
2. Der Antrag FIKO/GPK zur Reduktion des Malus wird mit 52 zu 14 Stimmen genehmigt.

#### **4 Nachkredit für Roh- und Hilfsmaterial zu Produktionszwecken der Lehrwerkstätten der Stadt Bern (LWB) zulasten der Laufenden Rechnung 2000**

Antrag Nr. 22

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Mehraufwand der Lehrwerkstätten der Stadt Bern (LWB) für Roh- und Hilfsmaterial.
2. Zur Deckung der Budgetüberschreitung bewilligt er den Nachkredit von Fr. 729 480.00 zulasten der Laufenden Rechnung 2000, Konto 46298.3133.00 Roh- und Hilfsmaterial.

*Margrit Thomet* (SVP) für die FIKO: Die Produktionsleistung der LWB hat sich im Jahr 2000 sehr erfreulich entwickelt und zu mehr Rohmaterialverbrauch als budgetiert geführt. Eine genaue Budgetierung ist nicht möglich, weil nicht alle Kundenaufträge voraussehbar sind. Der Nachkredit betrifft das Konto 462.3133 Roh- und Hilfsmaterialien. Der bewilligte Budgetkredit beträgt Fr. 1 900 000.00, der beanspruchte lautet Fr. 2 629 480.00. Der notwendige Nachkredit beträgt Fr. 729 480.00. Der Nachkredit besteht aus Fr. 600 000.00 Entnahme aus den Lagerbeständen und Mehreinkäufen von Fr. 119 480.00. Der Mehrertrag aus den Eigenleistungen beträgt Fr. 947 645.00, dies ergibt einen Ertragsüberschuss von Fr. 218 165.00. Der Ertragsüberschuss ist Bestandteil der Subventionsabrechnung 2000 und reduziert die Subventionsbeiträge des Kantons, der Stadt und der Wohnsitzgemeinden. Die LWB hat einen wichtigen Ausbildungsauftrag zu erfüllen, deshalb ist eine Vollbeschäftigung der Auszubildenden voll zu unterstützen. Ein Schwerpunkt war im Rechnungsjahr 2000 die Vollendung des so-

nannten Kopfbaus in der Felsenau. Es ist zu erwähnen, dass dies der letzte Kredit der LWB ist, über den im Stadtrat befunden wird, da die Berufsschulen kantonalisiert worden sind. Der Nachkredit wurde in der FIKO einstimmig angenommen, ich empfehle ihn auch dem Stadtrat zur Annahme. Die Fraktion SVP/JSVP wird dem Nachkredit zustimmen.

### **Beschluss**

Der Nachkredit wird stillschweigend genehmigt.

## **5 Liegenschaftsverwaltung: Nachkredite zulasten der Laufenden Rechnung 2000**

Antrag Nr. 29

Der Stadtrat genehmigt zulasten der Laufenden Rechnung 2000 die folgenden Nachkredite:

- |   |                  |
|---|------------------|
| 1. Konto 622.1.3301.10 Debitorenverluste<br>mit entsprechender Abschreibung der Konti<br>1015.620.500 Immob-Sammelkonto (Fr. 137 729.90),<br>1015.620.503 Sammelkonto alt NCR (Fr. 129 386.35)<br>und 1015.620.504 Debitoren LV-Immob (Fr. 1 670 602.43). | Fr. 1 937 718.68 |
| 2. Konto 622.3.3301.10 Debitorenverluste  | Fr. 262 190.00   |
| 3. Konto 622.1.3304.10 Abschreibungen auf Liegenschaften<br>des Finanzvermögens<br>mit entsprechender Abschreibung auf dem Konto 1023.622.100<br>Liegenschaften im öffentlichen Interesse/Finanzvermögen.   | Fr. 1 603 548.25 |

Für die FIKO *Urs Jaberg* (FDP): Es geht hier um 3 Nachkredite, die wegen ungenügender Arbeitsweise auf der Liegenschaftsverwaltung anfallen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 3.8 Mio. Franken, die jedoch zum Teil kostenneutral sind. Erstens geht es um eine Ablösung Debitorensammelkonti, die beim Wechsel des EDV-Systems unter den Tisch gefallen sind. Weiter geht es um ein Kapitel Inkassomassnahmen. Dieser Betrag ist kleiner, jedoch nicht weniger gravierend. Dort wurde im grossen Stil Geld verschlampt. Drittens geht es um die Abschreibung des Gurten-Kulms, die auch unterlassen wurde. Die Mankos hat das Finanzinspektorat festgestellt und beanstandet. In der FIKO wurde es als unerfreuliches Geschäft empfunden. Auf diese Art sollten die Fehler nicht passieren. Besonders gestört hat die FIKO, dass die Altlasten nicht speditiver abgeschrieben werden konnten. Die Nachkredite waren ein Hinweis auf das mangelhafte Funktionieren der Liegenschaftsverwaltung. Wir haben uns entschieden, das Geschäft zähneknirschend zur Kenntnis zu nehmen und mit 4 zu 2 Stimmen abzusegnen. Allerdings war an die Zustimmung der FIKO das Versprechen von Finanzdirektorin Frösch geknüpft, dass solche Dinge nicht mehr passieren würden. Ich versichere Frau Frösch, dass wir genau hingucken werden und allenfalls resolut auf weitere solche Dinge reagieren werden. Ich bitte den Rat, das Geschäft zu akzeptieren.

### **Fraktionserklärung**

*Thomas Fuchs* (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Das Thema Liegenschaftsverwaltung kommt nicht zur Ruhe. Unsere Fraktion ist nicht überzeugt, dass heute der letzte Nachkredit zu bewilligen ist, denn in der Finanzdirektion erstaunt uns nichts mehr. Die Korrektur ist gemäss Angaben der Finanzdirektion gesamthaft kostenneutral mit der Begründung, es betreffe mehrere Rechnungsjahre. Die Schönfärberei ändert nichts an den unschönen Tatsachen. Eine Doppelerfassung aus Erträgen aus Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen heisst, dass sie einmal

zuviel erfasst sind und folglich korrigiert werden müssen. Man kann das Abschreibung nennen. Die Rechnung 2000 wird mit 1.38 Mio. Franken belastet. Die Buchungsfehler können nicht dem Finanzinspektorat angelastet werden. Dass die möglichen Auswirkungen des Altlastenabbaus zuwenig berücksichtigt wurden, erstaunt uns nicht. Schuld waren immer Drittpersonen, die EDV oder Vorgänger der heutigen Finanzdirektorin. Betreffend der nachzuholenden Abschreibung der Besetzung Gurten-Kulm haben wir keine Bemerkungen. Die SVP/JSVP-Fraktion wird sich bei dieser Abschreibung der Stimme enthalten, da hier ein Fehler passiert ist. Die Debitorenverluste der Liegenschaftsverwaltung nehmen wir zur Kenntnis und dokumentieren mit einer klaren Ablehnung unsere Unzufriedenheit über die Art der Führung der Finanzdirektion. Gleichzeitig hoffen wir, dass dies wirklich der letzte Nachkredit der Liegenschaftsverwaltung war. Die bisherigen gemeinderätlichen Zusicherungen haben sich fast immer als falsch erwiesen.

Für den Gemeinderat *Therese Frösch*, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Ich danke für das Verständnis im Rat. Wir haben einen tatsächlichen Verlust von Fr. 262 190.00, das sind die Mietzinsausstände von Besetzungen, die effektiv vor RGM-Zeiten begonnen haben. Diese Ausstände wurden verschlampt und sind nun nicht mehr einzutreiben. Die Leute haben schon vor meiner Zeit zum Teil gratis gewohnt, es sind dann noch mehr geworden. Der Debitorenverlust von ca. 1.9 Mio. Franken ist eine nicht periodengerecht abgegrenzte Informatikgeschichte, die tatsächlich kostenneutral ist. Bezüglich Gurten wurde auch nicht periodengerecht gehandelt, nachdem beschlossen war, das Baurecht gratis abzugeben. Das ist unschön, doch wenn wirklich Altlasten aufgeräumt werden, kommt es zu solchen Dingen. Ich war zufrieden, dass ich beim Verwaltungsbesuch sagen konnte, dass keine Revisionsbemerkung mehr offen ist. Die Revisoren, GPK und FIKO sind zufrieden. Wir müssen sicher aufpassen, dass es keine neuen Fehler gibt, doch dies hier fällt unter Altlasten. Ich danke für das Verständnis.

### **Beschlüsse**

1. Der Nachkredit gemäss Ziffer 1, Konto 622.1.3301.10 Debitorenverluste von Fr. 1 937 718.68 wird mit 38 zu 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen genehmigt.
2. Der Nachkredit gemäss Ziffer 2, Konto 622.3.3301.10 Debitorenverluste von Fr. 262 190.00 wird mit 39 zu 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen genehmigt.
3. Der Nachkredit gemäss Ziffer 3, Konto 622.1.3304.10 Abschreibungen auf Liegenschaften des Finanzvermögens von Fr. 1 603 548.25 wird mit 39 Stimmen ohne Gegenstimme bei 23 Enthaltungen genehmigt.

## **6 Gemeinderechnung 2000**

Für die FIKO deren Präsidentin *Katharina Suter* (FDP): Die Verwaltungsrechnung 2000 schliesst ausgeglichen ab, nachdem der Rechnungsüberschuss vom Fr. 1 598 626 auf den neurechtlichen Bilanzfehlbetrag abgeschrieben worden ist. Gegenüber dem Budget 2000 schliesst die Rechnung um 23.4 Mio. Franken besser ab. Das Resultat ist auf Einsparungen von 23.1 Mio. Franken und auf Mehrerträge von Fr. 300 000.00 zurückzuführen. Die Haushalt-sanierungsmassnahmen zeigen eine positive Entwicklung. Der Cashflow ist mit 69.7 Mio. Franken wesentlich besser als im Vorjahr. Er ermöglicht eine vollständige Selbstfinanzierung der Investitionen und die Abschreibung von Bilanzfehlbeträgen. Sowohl der Selbstfinanzierungsgrad als auch die Finanzkraft sind gut.

Das gute Ergebnis ist unerfreulicherweise nur dank den ausserordentlichen Vermögensertrag von 44.2 Mio. Franken aus dem Verkauf der Gymnasium- und Seminarliegenschaften zustande gekommen. Ohne den Verkauf wäre erneut ein beträchtlicher Fehlbetrag entstanden. Der Gesamtaufwand ist um 2.7% gestiegen, da ist keine Trendwende zu erkennen. Allerdings sind auch die Altlasten der Liegenschaftsverwaltung zu berücksichtigen. Die budgetierten Investitionen sind zielgerecht erreicht worden. Die grössten Einsparungen ergeben sich aus den eigenen Beiträgen. Die Fürsorgeleistungen konnten um 6.1 Mio. Franken reduziert werden, beim Personal wurde gegenüber dem Voranschlag 7.3 Mio. Franken eingespart. Allerdings sind die Personalkosten seit der Rechnung 1999 um 12.4 Mio. Franken gestiegen. Der Steuerertrag ist insgesamt Fr. 10.1 Mio. höher als budgetiert. Bei den juristischen Personen sind die Erträge Fr. 9.8 Mio. höher, bei den natürlichen Personen sind sie um Fr. 1.1 Mio. geringer ausgefallen. Ausserordentlich ist der hohe Anteil an kantonalen Erbschafts- und Schenkungssteuern, dagegen steht der um 5 Mio. Franken geringere Ertrag aus der Vermögensgewinnsteuer. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit Null-Taxation wird immer grösser. Die Arbeitslosenquote ist von 2.5 auf 1.9% zurückgegangen, das sollte sich auch bei den Steuereinnahmen bemerkbar machen.

Der altrechtliche Verlustvortrag vom Fr. 324.8 Mio., der bis 2015 abgeschrieben werden muss, ist planmässig um 20.4 Mio. Franken abgebaut worden. Mit dem neurechtlichen Fehlbetrag, der bis 2007 amortisiert werden muss, betragen die Verlustvorträge Ende 2000 gesamthaft 348.5 Mio. Franken. Der Nettozinsaufwand beträgt Fr. 44.2 Mio. und liegt damit über 10% unter dem Vorjahreswert.

Die FIKO hat die Rechnung mit den Direktionen besprochen und anschliessend im Plenum besprochen. Sie stellt fest: Die Haushaltsanierungsmassnahmen zeigen eine positive Entwicklung, da die Rechnung besser als budgetiert abschliesst und erstmals seit 8 Jahren keinen Fehlbetrag aufweist. Die relativ späte Festsetzung des Budgets 2000 durch den Kanton hat sich positiv auf die Rechnung ausgewirkt. In den meisten Direktionen sind zahlreiche Verbesserungen festgestellt worden. Der Einfluss des Kantons auf der Einnahmen- und Ausgabe-seite ist sehr gross und die Folgen schwer abzuschätzen. Der grösste Brocken wird das FILAG sein. Die FIKO stellt auch fest, dass kein Anlass zu Euphorie oder einer Sparpause besteht. Die Finanzlage bleibt angespannt. Gemeinderat, Verwaltung und Parlament sind weiterhin zum Sparen aufgefordert, da die Finanzen noch lange ein unangenehmes Thema bleiben werden. Von den Nachkrediten hat die FIKO Kenntnis genommen.

Zur Gemeinderechnung 2000 liegt der Bestätigungsbericht des Finanzinspektorats vor, der uns die Rechnung zur Genehmigung empfiehlt. Die eingereichte Beschwerde zur verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle hat eine Verzögerung ausgelöst, so dass die Stelle erst für die Rechnung 2001 zum Zug kommen wird. Wir danken den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihre Bemühungen. Die FIKO empfiehlt dem Stadtrat die Gemeinderechnung 2000 einstimmig zu Annahme.

### **Fraktionserklärungen**

Für die SVP/JSVP-Fraktion *Margrit Thomet* (SVP): Der Abschluss der Rechnung 2000 sieht auf den ersten Blick sehr erfreulich aus. Wir schreiben erstmals seit 1989 wieder schwarze Zahlen. Dank der guten Wirtschaftslage sind die Steuereinnahmen der juristischen Personen gestiegen. Es wäre wünschenswert, dass auch die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen auch ansteigen würden. Wir fordern seit Jahren Massnahmen dafür. Leider betreibt die linke Mehrheit unbekümmert eine Abschreckungspolitik für gute Steuerzahler. Wegen unverständlichen Planaufgaben, Parkplatzeinschränkungen und Verkehrsschikanen meiden die Investoren die Stadt Bern. Erfreulicherweise ist die Arbeitslosenquote gesunken. Das hat die Stadt weniger Fürsorgegelder gekostet. Trotz den erwähnten positiven Faktoren sieht die

SVP/JSVP-Fraktion keine Silberstreifen am Horizont, die eine Besserung unserer Finanzlage ankünden würden. Ohne den ausserordentlichen Vermögensertrag aus dem Verkauf der Gymnasien und Seminarliegenschaften würden wir erneut vor einem beträchtlichen Defizit stehen. Das FILAG bringt uns nicht die erhofften 27 Mio. Franken, die die Finanzlage etwas mildern würden. Das vorliegende Resultat der Rechnung 2000 darf keine Rechtfertigung sein, um neue soziale Angebote zu verlangen. Wir können uns von den engen Schlaufen des strukturellen Defizits noch nicht befreien. Die von der Fraktion SVP/JSVP verlangte Ausgabenbremse ist dringend notwendig. Wegen einer Einsprache hat die Rechnung 2000 nicht von einer externen Revisionsstelle geprüft werden können.

*Stephan Hügli* für die FDP-Fraktion: Erfreulich ist, dass die Rechnung ausgeglichen und wesentlich besser als budgetiert abschliesst. Die Sanierungsmassnahmen zeigen eine gute Tendenz. Zahlreiche Verbesserungen haben sich gezeigt. Der Steuerertrag der juristischen Personen ist positiv. Die budgetierten Investitionen haben zielgerecht erreicht werden können. Die Erkenntnis des Gemeinderats, dass die beschlossenen Sanierungsmassnahmen unverzichtbar seien, ist besonders erfreulich. Zum Unerfreulichen: Es gibt ein grosses Aber, da es nicht geklappt hätte ohne den Verkauf der Mittelschulen. Auch der Gesamtaufwand ist bei konstanter Bevölkerung gestiegen, obwohl er sinken sollte. Die Vermögensgewinnsteuern sind stark rückläufig. Offenbar ist es nicht interessant, in Bern Wohneigentum zu kaufen. Die Nettoinvestitionen sind im Vergleich zu den letzten Jahren zurückgegangen. Wir verwirklichen hier das antizyklische Verhalten. Wir haben keine Trendwende, sondern ein Strohfeuer. Der Regierungsrat hat offenbar recht gehabt mit der Festlegung des Budgets, da wir besser abgeschlossen haben. Das späte Budget hat sich positiv ausgewirkt. Erfreulich ist auch der Rückgang der Arbeitslosenquote, die die Fürsorge entlastet. Die Abnahme der Steuerpflichtigen gibt zu denken. Der Anteil der Null-Taxationen liegt momentan bei 20%. Die Rechnungen kann unter diesen Vorbehalten jedoch genehmigt werden.

Für die Fraktion GFL/EVP *Ueli Stückelberger* (GFL): Wir sind froh, dass die Rechnung 2000 ausgeglichen ist, wir gratulieren der Verwaltung und der Direktorin FPI. Die Haushaltsmassnahmen greifen erstmals. Die Direktionen waren diszipliniert und hatten ihre Budgets im Griff. Der Rechnungsabschluss wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht die Verkäufe getätigt worden wären. Er spiegelt nicht die echte Finanzlage der Stadt wider. Die Finanzen werden ein Thema bleiben. Wie muss es weitergehen? Es gibt Anzeichen, dass es finanzmässig wieder aufwärts geht. Es besteht weiterhin grosser Handlungsbedarf, deshalb ein Appell an die Exekutive, die Führungsverantwortung ernst zu nehmen. Wir verlangen, dass der Gemeinderat selbstkritisch die Verwaltungsstruktur und -grösse überprüft. Hier ist ein Potential vorhanden. Wir stimmen der Rechnung zu, die Sparanstrengungen müssen selbstverständlich weitergehen.

*Michael Jordi* (GB) für die GB/JA!/GPB-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt der Rechnung zu, wir interpretieren sie als eine Oase auf einem langen, dornenvollen Weg, der noch vor uns liegt.

Für die SP/JUSO-Fraktion *Ruth Rauch* (SP): Die Rechnung ist besser als budgetiert und wir schreiben schwarze Zahlen. Es ist jedoch keine Entwarnung. Wir feiern mit dieser Rechnung ein Zwischenhoch und haben keine Verschnaufpause. Erstaunlich war, wie präzise das Budget war, dies hängt mit der späten Nachbudgetierung zusammen. Die gute Rechnung hat mit den Sparanstrengungen zu tun. Die Debatte um das Familiensilber bzw. den Verkauf der Liegenschaften finde ich langsam müssig. Zu den Einsparungen im Personalbereich haben wir immer ein lachendes und ein weinendes Auge, da wir nie froh sind über Einsparungen auf

Kosten des Personals. Es ist klar, dass der Wirtschaftsaufschwung Wirkung gezeigt hat. Es gibt jedoch keine rosigen Zeiten. Das FILAG wird die 27 Mio. Franken beibehalten, doch die Teuerung der Steuerbelastungsverschiebung wird nicht kostenneutral sein. Wir werden hier eine Einbusse haben, ebenfalls bei der Billettsteuer.

Für den Gemeinderat *Therese Frösch*, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Ich danke Frau Suter für die gute Führung durch die Schwanengasse, auch dem Finanzverwalter Herr Pfister und Herrn Dr. Knecht. Wir hatten eine lange Klausur über die Finanzen. In der Rechnung kommt das gute Controlling zum Ausdruck. Die letzten Sparpakete können nur schwer zeitgerecht zur Ausführung kommen. Es zeigt, dass die Leute sehr beschäftigt sind und die Aufgabe nicht einfach abgebaut werden können. Der Gemeinderat hat auf die nächsten Jahre hinaus ein Loch von 40 Mio. Franken diagnostiziert. Wir müssen nun sehen, wie wir es stopfen können, dafür treffen wir uns im August wieder. Die Wünsche nach einem Runden Tisch werden wir bald im Gemeinderat behandeln und danach sogleich an die Parteien und Kommissionen gelangen.

### **Beschluss**

Die Gemeinderechnung 2000 wird mit 59 Stimmen ohne Gegenstimme bei 9 Enthaltungen genehmigt.

## **7 Bericht der Ombudsstelle an den Stadtrat 2000**

### **Fraktionserklärungen**

*Raymond Anliker* (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion dankt dem Ombudsmann für die interessante Berichterstattung. Der Bericht ist ein Instrument und wir müssen ihn differenziert zur Kenntnis nehmen. Die Fallbeispiele, Statistiken und Faktoren erlauben uns Aussagen über die Qualität der Verwaltungsarbeit. In diesem Sinne soll die Feststellung von Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger dazu führen, dass die Verwaltungseinheiten bemüht sind, ihre Arbeit zu optimieren. Der Bericht ist ein ergänzendes Controlling-Instrument. Natürlich geht die Ombudsstelle mit einer anderen Perspektive an ihre Arbeit. Im Zentrum stehen die Bürgerinnen und Bürger. Die Vermittlung in Konfliktfällen ist eine Herausforderung, der der Ombudsmann gewachsen ist. Seine Vorgehensweise zeugt von Sensibilität und Pflichtbewusstsein. Aufgrund der steigenden Nachfrage zeigt sich das grosse Bedürfnis nach einer solchen Stelle. Die Statistik zeigt, dass sich auch Ausländerinnen und Ausländer entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung an die Stelle wenden. Das lässt die Aussage zu, dass das Angebot niederschwellig genutzt werden kann. Die fehlenden Kompetenzen sind uns aufgefallen. Eine Ombudsperson sollte auch von sich aus tätig werden können. Ein weiterer Aspekt ist das Fehlen der uneingeschränkten Akteneinsicht und der umfassenden Informationspflicht. Der Ombudsmann hat keine Möglichkeiten, im Verweigerungsfalle tätig zu werden. Ein Ausbau der Ombudsstelle liegt in unserem Ermessen, da damit auch teure Gerichtsverfahren vermieden werden können. Wir danken Herrn Flückiger und seiner Mitarbeiterin Frau Frey.

Für die GPK deren Präsidentin *Béatrice Stucki* (SP): Der Bericht der Ombudsstelle ist für die Öffentlichkeit primär ein Tätigkeitsbericht, für die GPK als Aufsichtsbehörde jedoch stellt er einen Rechenschaftsbericht dar. Die Kommission trifft sich normalerweise dreimal jährlich mit Herrn Flückiger, einmal davon auch mit seiner Mitarbeiterin Frau Frey. Wir besprechen den

Tätigkeitsbericht vor, diskutieren das Budget und geben zuhanden der FIKO eine Empfehlung ab. Ende Jahr findet noch ein allgemeiner Austausch statt, der letztes Jahr wegen Krankheit von Herrn Flückiger leider nicht stattfand. Der vorliegende Bericht zeigt, dass die Ombudsstelle und der ihr angegliederte Datenschutz einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Anfragen aus dem Kanton zeigen, dass auch kantonale ein Bedürfnis besteht. Leider ist in absehbarer Zeit weder auf kantonaler noch eidgenössischer Ebene eine Ombudsstelle zu erwarten ist. Dass der Ombudsmann sogar zu internationalen Seminaren als Referent eingeladen wird, ist eine Anerkennung an seine Arbeit und das Image der Stadt Bern. Die Kommission diskutierte die Frage, ob ein Tätigkeitsbericht so umfassende Fallbeispiele enthalten müsse. Die Antwort lautet Ja, da zum einen das Pflichtenheft einen illustrativen Teil vorschreibt und andererseits zeigen die Fallbeispiele der Öffentlichkeit die Tätigkeit der Ombudsstelle. Wir haben immer wieder über die knappen personellen Ressourcen diskutiert. Ein Vergleich mit Zürich und Winterthur – unter Einbezug der Grösse dieser Städte – ist interessant. Zürich verfügt über einen Ombudsmann zu 100%, einen Juristen zu 100% und 2 Personen im Sekretariat, dazu eine separate Stelle für den Datenschutz mit weiteren 200 Stellenprozenten. Winterthur stellt für Ombudsmann und Datenschutz 60% und für das Sekretariat 70% zur Verfügung.

Ein kleiner Ausblick auf das laufende Jahr: Die Arbeitsbelastung der Ombudsstelle ist ein wichtiges Thema. Der Datenschutz kommt aufgrund der Konzeption des Reglements und des Pflichtenheftes der Ombudsstelle immer hinten an. Wir haben verschiedene Lösungsansätze diskutiert und werden sie weiterverfolgen. In den letzten Jahren wurden bei der Besprechung des Tätigkeitsberichtes immer wieder Fragen gestellt, die unbeantwortet blieben, da Herr Flückiger nicht Stellung nehmen kann. Die GPK hat deshalb Anfang Jahr beschlossen, dass analog zum Verwaltungsbericht Fragen zum Bericht der Ombudsstelle gestellt werden können. Bedauerlicherweise hat niemand davon Gebrauch gemacht, das hängt vielleicht mit der späten Information an der Fraktionspräsidienkonferenz zusammen. Weiter hat die GPK beschlossen, die Ombudsstelle künftig enger zu begleiten. Dazu werden wir zweimal jährlich themenbezogene Delegationsbesuche machen. Die für die Präsidialdirektion verantwortliche Delegation wird diese Besuche übernehmen. Die vermehrte Zusammenarbeit entspricht dem Bedürfnis der Ombudsstelle. Ich danke im Namen der GPK Frau Iris Frey und Herrn Mario Flückiger für ihre wertvolle und kompetente Arbeit.

*Heinz Rub* für die Fraktion FDP: Der Ombudsmann macht seine Arbeit gut. Wir hatten Freude, dass der Berner Bär vorne auf dem Büchlein steht. Wir sind der Meinung, dass der Bericht viel zu umfassend ist. Die Punkte 3.1, 3.4, 3.5 und 4 wären in reduzierter Form absolut genügend und könnten dem normalen Verwaltungsbericht angegliedert werden. Der Ombudsmann ist keiner Verwaltung angegliedert, gehört aber immerhin zur Stadt. Die Produktion des Heftes kostet Fr. 2000. Die Angliederung an den Verwaltungsbericht wäre einiges günstiger. Was der Ombudsmann schreibt, ist interessant. Man kann es aber auf A4-Seiten an interessierte Stellen herausgeben, die es dann auch wirklich lesen. Die FDP dankt dem Ombudsmann für seine Arbeit.

Für die GB/JAI/GPB-Fraktion *Catherine Weber* (GB): Es ist schade, dass der Ombudsbericht am Ende des Abends traktandiert ist. Unsere Fraktion ist froh, dass es die Ombudsstelle gibt. Sie ist nicht mehr wegzudenken. Es ist für uns unverständlich und unbefriedigend, dass das enge Budget 2002 der Ombudsstelle gekürzt worden ist. Das Opfer ist doppelt fragwürdig. Einerseits soll mehr für die Personalentwicklung getan werden, andererseits werden 4000 Franken an eine Weiterbildung gestrichen. Dass alle einen Sparbeitrag leisten müssen, ist klar. Wir machen aber nicht mit, wenn die legitimen Bedürfnisse einer Stelle gegen andere Projekte ausgespielt werden. Die Tatsache, dass eine Mehrheit der GPK beim Budget 2001

eine interne Umlagerung eines Budgetpostens zu einem anderen abgelehnt hat, zeugt nicht von viel Vertrauen in die Ombudsstelle. Wir machen auch nicht mit, wenn die Ombudsstelle künftig weniger öffentlich werden soll oder andere Auflagen erhält. Eine Ombudsstelle zeichnet sich dadurch aus, dass sie jedes Anliegen gleich wichtig nimmt. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass in der Stadt Bern mehr für den Datenschutz getan werden muss. Für das Einhalten des Datenschutzgesetzes brauchen wir die Unterstützung des Datenschützers. Wir hoffen, dass es gelingt, diesen Teil der Ombudsstelle mittelfristig auszubauen.

*Beat Schori* (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Ist es richtig und sinnvoll, wenn sich der Ombudsmann während eines Monats jährlich an Tagungen aufhält? Ist es richtig, wenn sich der Ombudsmann um das Arbeitsrecht kümmert, obwohl es eine Schlichtungsstelle gibt? Ist es richtig, wenn sich der Ombudsmann um das Mietrecht kümmert, obwohl es auch für solche Fälle eine Schlichtungsstelle gibt? Ist es richtig, wenn er sich in Angelegenheiten einmischt, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen? Die Bevölkerung hat die Ombudsstelle gutgeheissen. Offensichtlich ist es das Ziel, aus der Ombudsstelle eine Ombudsfirma zu machen, anders können wir uns die zitierten Grundsätze des Europarats nicht erklären. Wenn man seine Wichtigkeit erhöhen will, mischt man sich in alles ein, obwohl kein Bedarf besteht. Wir haben uns mit der Ombudsstelle abgefunden, möchten jedoch darauf hinweisen, dass eine Aufstockung nicht in Frage kommt. Wir sind der Auffassung, dass die Tätigkeit des Ombudsmanns dahin gehend wirken sollte, dass sie sich mit der Zeit selbst überflüssig macht. Im Verwaltungsbericht ist die Tendenz rückläufig, wenn es so weitergeht, hat der Ombudsmann in 3 Jahren keine Aufgaben mehr aus der Verwaltung. Der Berichtsverfasser hat das vielleicht ähnlich gesehen und klammert sich an die Eurogrundsätze. Interessant wäre übrigens eine Statistik über das Alter der Personen, die die Institution in Anspruch nehmen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Eine Aufstockung der Stelle kommt nicht in Frage, wir erwarten auch, dass die Arbeit nicht gesucht wird.

Für die Fraktion CVP/ARP *Daniel Kast* (CVP): Unsere Fraktion nimmt im positiven Sinn vom Bericht des Ombudsmanns Kenntnis. Es kommt deutlich zum Ausdruck, wie nützlich die Vermittlungstätigkeit ist. Es zeigt sich, dass die Stelle sich langsam etabliert. Die Nachfrage nimmt zu. Wer nicht Jurist ist, kann froh über die Hilfe des Ombudsmanns sein. Wir danken dem Ombudsmann für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft weiterhin viel Erfolg.

### **Beschluss**

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Tätigkeitsbericht 2000 der Ombudsstelle.

## Eingänge

Es werden zwei Postulate und eine dringliche Interpellation eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, nämlich:

### **Postulat Raymond Anliker (SP): Sportliche Grossanlässe im Neufeldstadion: Ein Massnahmenkonzept für den Schutz des Länggassquartiers**

Sportliche Grossanlässe im Neufeldstadion führen für die stadionnahen Quartierteile Neufeld, Brückfeld und Engeried zu einer erhöhten Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr. Bis anhin tolerierte die Quartierbevölkerung diese Zusatzbelastung, da sie eher die Ausnahme denn die Regel war. Inskünftig werden aber bekanntlich die Nationalliga-A-Heimspiele des BSC Young Boys im Neufeldstadion ausgetragen, bis das neue Wankdorfstadion in vier Jahren spielbereit sein wird.

Aus diesem Grund sind die stadionnahen Quartierteile vor dem Parkiersuchverkehr mit geeigneten Massnahmen zu schützen. Speziell betroffen sind Hochfeldstrasse, Beaulieustrasse, Beaulieurain, Neufeldstrasse, Zähringerstrasse, Daxelhoferstrasse, Diesbachstrasse, Riedweg und Engeriedweg. Es handelt sich dabei um teilweise schmale Quartierstrassen mit praktisch 100%igem Wohnanteil. Die Erfahrungen der letzten sportlichen Grossanlässe haben gezeigt, dass diese Strassen zum Teil für Notfallfahrzeuge nur schwerlich oder gar nicht mehr passierbar sind. Zudem gefährden die falsch abgestellten Fahrzeuge die Verkehrssicherheit erheblich. Diese Quartierstrassen sollen an Spieltagen temporär für den quartierfremden motorisierten Individualverkehr gesperrt werden.

Ausserdem müssen MatchbesucherInnen konsequent aufgefordert werden, mit dem öffentlichen Verkehr anzureisen. Parkiermöglichkeiten müssen sich auf das P&R-Neufeld, die Parkplätze auf dem temporären Carterminal und entlang der Studerstrasse beschränken; sie sollen bewirtschaftet werden und sind entsprechend zu signalisieren. Illegale „Parkierplätze“ sind konsequent aufzuheben (etwa auf der ehemaligen Buswendeschlaufe Brückfeld). Auch für weiter vom Stadion entfernte Quartierteile sind temporäre Verkehrsbeschränkungsmassnahmen ins Auge zu fassen.

*Wir bitten den Gemeinderat, ein Konzept zum Schutze des Länggassquartiers auszuarbeiten, das mindestens die im Text erwähnten Massnahmen enthält. In Anbetracht der baldigen Aufnahme des Spielbetriebs bitten wir den Gemeinderat, dieses Anliegen möglichst schnell umzusetzen.*

Bern, 28. Juni 2001

*Raymond Anliker (SP), Sylvia Spring Hunziker, Susanna Grundbacher, Barbara Mühlheim, Sabine Schärker, Edith Madl Kubik, Miriam Schwarz, Andreas Zysset, Marie-Louise Durrer, Oskar Balsiger, Liselotte Lüscher, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Peter Blaser, Beat Zobrist, Ruth Rauch, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Margrit Stucki, Margrith Beyeler, Ruedi Hofer, Melanie Leskow*

### **Postulat Fraktion CVP/ARP (Daniel Kast, CVP): Sozialarbeit an die Schulen**

Anfangs Februar hat ein Sozialarbeiter im Rahmen des Projektes „Integrierte Schulsozialarbeit im Schulkreis Brunnmatt Bern“ der BUI und der Hochschule für Sozialarbeit (HSA) seine Tätigkeit aufgenommen.

Das neuste Beratungs- und Interventionsangebot „Integrierte Schulsozialarbeit im Schulkreis Bern Brunnmatt“ weist gegenüber den bisherigen Beratungs- und Interventionsangeboten etliche Vorteile auf.

- Der Sozialarbeiter ist während der Schulzeit jederzeit ansprech- und verfügbar. Er wirkt dort, wo die Schülerinnen und Schüler einen grossen Teil ihrer Zeit verbringen. Integrierte Schulsozialarbeit hat folglich niederschweligen Charakter.
- Durch Teilnahme an Präventionsprojekten in einzelnen Klassen und bei Elternabenden kann ein Sozialarbeiter im Krisenfall auf geleistete Arbeit aufbauen. Schon vor dem Eintreten einer Krise kann zwischen dem Sozialarbeiter einerseits und den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern andererseits ein Vertrauensverhältnis entstehen.
- Der Informationsfluss zwischen den Lehrkräften und dem Sozialarbeiter ist einfacher, dadurch können Krisen frühzeitig erfasst werden. Die Lehrkräfte sind, soweit dies angezeigt ist, über den Verlauf der Beratungen und der Interventionen informiert.

In der Stadt Bern bestehen bereits folgende Beratungs- und Interventionsangebote:

- der Sozialdienst des Jugendamtes
- die Sozialarbeit im Gesundheitsdienst
- die heilpädagogischen Ambulatorien (AHP)
- die kantonale Erziehungsberatung (EB)
- die Krisenintervention durch Alan Guggenbühl (im Auftragsverhältnis der EB).

Angesichts der Vielzahl der im Laufe der Jahre entstandenen Beratungs- und Interventionsangebote ist es nicht sinnvoll, ein neues Angebot zu etablieren, ohne dass die bestehende Beratungs- und Interventionsangebote überprüft werden. Dabei soll abgeklärt werden, auf welches Zielpublikum die einzelnen Angebote ausgerichtet sind, inwieweit die bestehenden Beratungs- und Interventionsangebote den heutigen Bedürfnissen noch entsprechen und ob ein Teil der Angebote an die Schulen transferiert werden können.

*Der Gemeinderat wird beauftragt, das Beratungs- und Interventionsangebot zu überdenken und neu zu definieren, für welches Zielpublikum die einzelnen Beratungs- und Interventionsstellen zuständig sind. Es soll geprüft werden, ob bestehende Angebote an die Schulen transferiert werden könnten.*

Bern, 28. Juni 2001

*Fraktion CVP/ARP (Daniel Kast, CVP), German Kalbermatten, Anton Maillard, Ernst Stauffer*

### **Dringliche Interpellation Doris Schneider (GB): Nachtfahrverbot Matte: Was gedenkt die Stadt Bern zu tun, um diesen beschlossenen Versuchsbetrieb so schnell wie möglich zu starten?**

Wir lesen heute (28.6.2001) in Bund und BZ, dass die geplante Einführung des einjährigen Nachtfahrverbotes in der Matte „gescheitert“ resp. „zurückgeschlagen“ worden sei.

Das Nachtfahrverbot wurde in der städtischen Arbeitsgruppe „Untere Altstadt und Matte“ als Kompromiss (von allen Beteiligten akzeptiert!) beschlossen. Am 17. Mai wurde der Zwischenbericht „betreffend Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner der Unteren Altstadt und der Matte vor betrieblichen Immissionen“ mit viel Zustimmung ohne Opposition vom Stadtrat gutgeheissen.

Umso grösser ist nun die Irritation und das Unverständnis der Bevölkerung, was die demokratischen Prozesse in unserer Stadt angeht. Was geschieht hinter den Kulissen?

Warum soll ein Versuchsbetrieb für ein Jahr – wenn doch die Beschwerdeführer für eine einjährigen Sistierung ihrer Beschwerde vertraglich eingewilligt haben – nicht stattfinden? Eine Sistierung braucht keinen Kantonsentscheid.

Ich bitte den Gemeinderat, folgende Fragen zu klären:

1. Ist die Stadt Bern, die erklärermassen die Matte als wohnliches Quartier erhalten will, bereit, das „Nachtfahrverbot Matte“ als Versuchsbetrieb einzuführen?
2. Wer hat sich in der Stadtregierung gegen diesen Versuch gestellt?
3. Warum wurde der Versuchsbetrieb nicht durchgeführt, obwohl die Sistierung der Beschwerde für ein Jahr vertraglich abgemachte Sache war?
4. Ist die Stadtregierung bereit, sich schnell für die Lösung des ungunen Zustandes einzusetzen? Wie gedenkt sie dies zu tun?

*Begründung der Dringlichkeit:*

Das Thema ist diesen Sommer aktuell. Das Nachtfahrverbot wurde im Juni erwartet. Der Stadtrat und die Wohnbevölkerung der Matte haben das Recht, so schnell wie möglich aufgeklärt zu werden.

Bern, 28. Juni 2001

*Doris Schneider* (GB), Natalie Imboden, Annette Brunner, Annemarie Sancar, Catherine Weber, Daniele Jenni

*Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.*

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die Protokollführerin: *Anna Tschannen*